
N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 12.07.2022

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 20:50 Uhr
Sitzungsort: Elbe-Rossel-Halle, Mörikestraße 2, 06862 Dessau-Roßlau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit mit derzeit 47 stimmberechtigten Mitgliedern des Stadtrates fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, gibt bekannt, dass die unter dem Tagesordnungspunkt 11.9 eingeordnete Beschlussvorlage 207/2022/III-6 seitens des Einreichers zurückgezogen und somit von der Tagesordnung genommen wird. Die Tagesordnung wird geändert beschlossen (47:00:00).

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, informiert, dass im Anschluss an diese Sitzung aufgrund der Eilbedürftigkeit eine Sondersitzung zum Thema Schulsozialarbeit stattfinden wird, zu der form- und fristlos eingeladen wurde.

Die Tagesordnung wird in geänderter Form einstimmig (47:00:00) beschlossen.

3 Genehmigung der Niederschrift vom 01.06.2022

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion, geht auf seine Wortmeldung im Punkt 7.2 der Sitzung des Stadtrates am 01.06.2022 ein und verliest seinen in der Niederschrift dargelegten Wortbeitrag. Er bittet darum, seine Bezeichnung für die Aktivität der Linken, „eine Unverschämtheit und ein Kasperletheater“ aufzunehmen.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, sagt die Kontrolle des Bandmitschnittes und gegebenenfalls eine Aufnahme in die Niederschrift zu.

Die Niederschrift wird genehmigt (43:00:04).

4 Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert über folgende Angelegenheiten:

- Besuch der Bundesumweltministerin Steffi Lemke gemeinsam mit ihrer Amtskollegin, der tschechischen Umweltministerin Frau Anna Hubáková am 07. Juni 2022. Beide haben sich in das Gästebuch der Stadt eingetragen.
- Zum Zukunftszentrum Deutsche Einheit/Europäische Transformation hat es heute einen Termin in der Staatskanzlei gegeben.
- Am 28.06.2022 gab es ein Gespräch mit dem Ministerpräsidenten zur Bewerbung der Stadt Dessau-Roßlau für die Bundesgartenschau 2035.
- Am 01.07.2022 war der 15. Jahrestag der Fusion von Dessau und Roßlau. Zudem hat die Stadt den Gründerpreis im Rahmen des Turbobreakfestes am 08. Juli 2022 verliehen. Den Platz 1 hatte die Unternehmerin Frau Beatrix Frühauf aus Mosigkau erhalten. Der 2. Platz ging an die Architektin Bettina Schröder und der 3. Platz an die Designerin Katja Petry.
- Am 08.07.2022 fand die Staffelstabübergabe für die Tage der Chor- und Orchestermusik, die im nächsten Jahr in unserer Stadt stattfinden, statt. In Brandenburg wurde der Staffelstab übernommen.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt die in der Sitzung des Stadtrates am 01.06.2022 nichtöffentlich gefassten Beschlüsse bekannt:

Nominierung der Bewerber für die Stelle Beigeordnete/r Digitalisierung und moderne Verwaltung,

Nominierung der Bewerber für die Stelle Beigeordnete/r für Bauen und Stadtgrün,

Nominierung der Bewerber für die Stelle Beigeordnete/r für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren,

Nominierung der Bewerber für die Stelle Beigeordnete/r für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit.

4.3 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt bekannt, dass im zurückliegenden Zeitraum keine Eilentscheidungen getroffen wurden.

5 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16:20 Uhr

Einwohnerfragen werden nicht vorgebracht.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Aktionsprogramm für ein zukunftsstarkes Dessau-Roßlau aus dem Bürgerbeteiligungsprojekt ZUKUNFTSREISE (mit offizieller Übergabe durch Bürgerinnen und Bürger im Stadtrat) und Feedback an die Bürger beim Marktplatz der Ergebnisse am 11. Oktober 22 Vorlage: IV/041/2022/I-SSTE

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, begrüßt die Vertreter der Zukunftsreise und bittet Herrn Tom Fischer, ein paar Worte zur Übergabe des Aktionsprogrammes für ein zukunftsstarkes Dessau-Roßlau zu sagen.

Herr Tom Fischer legt dar, dass, angestoßen vom Kulturforum und fachlich begleitet durch die Verwaltung, unter der Leitung von Frau Steinhart, Stabsstelle strategische Stadtentwicklung, sich mehr als 100 Bürgerinnen und Bürger 8 Monate lang zu Zukunftsthemen der Stadt ausgetauscht haben. Es wurden gemeinsam mit externen Fachleuten Ideen entwickelt, Schlüsselgespräche geführt und Maßnahmenvorschläge erarbeitet. Es wird um eine erste fachliche Prüfung durch die Stadtverwaltung zu deren Umsetzungsmöglichkeiten gebeten. Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt haben Lösungen gefunden und in 21 Zukunftsimpulsen zusammengefasst. Es ist in aller Verantwortung, diese jetzt weiterzuentwickeln. Am 11. Oktober 2022 findet der direkte Meinungsaustausch im Bauhausmuseum statt. Stellvertretend wird das Zu-

kunftsprogramm für ein zukunftsstarkes Dessau-Roßlau, verbunden mit der Bitte um politische Reflektion und Prioritätensetzung, an den Stadtrat übergeben.

Im Namen des Stadtrates spricht der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, seinen Dank für die mühevollen Arbeit aus. Die Politik wird sich damit beschäftigen und so viel wie möglich umsetzen.

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 6.2 Jährliche Berichterstattung an die Kommunalaufsichtsbehörde zur Entgegennahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA im Zeitraum vom 21. Mai 2021 bis 31. Mai 2022**
Vorlage: IV/036/2022/II

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 6.3 Prüfauftrag gemäß Änderungsantrag der Fraktion die LINKE zur BV/023/2022/II-20BTM Entschädigungsleitlinie der Stadt Dessau-Roßlau für Vertreter/Vertreterinnen der Stadt Dessau-Roßlau in städtischen Unternehmen – Einordnung der Unternehmen in Kategorien**
Vorlage: IV/043/2022/II-20BTM

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

6.4 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Pätzold, Fraktion Die Linke, geht auf die seitens seiner Fraktion am 09.03.2022 für den Stadtrat eingereichte Beschlussvorlage „Parkkarten zum ermäßigten Preis für ambulante Pflegedienste“ ein, die in einen Prüfauftrag an den Oberbürgermeister formuliert wurde, in der Hoffnung, in einem gemeinsamen Gespräch, auch mit dem zuständigen Amt, eine Lösung zu finden. Am 21. Juni 2022 wurde im Finanzausschuss eine Informationsvorlage eingebracht, in der genau das, was bemängelt wurde, beschrieben ist. Damit fühlen sie sich nicht ernst genommen. Die Fraktion hatte gehofft, dass der Oberbürgermeister die Fraktion vor der Veröffentlichung seiner Antwort kontaktiert. Mit seiner Vorgehensweise hat er das Vertrauen, welches die Fraktion mit der Erteilung des Prüfauftrages in ihn gesetzt hat, verletzt und es ist verloren gegangen.

Des Weiteren kritisiert **Herr Pätzold, Fraktion Die Linke**, wie die Stadtverwaltung bzw. das Sachgebiet für Ortschafts- und Stadtbezirksangelegenheiten mit den Mandatsträgern umgeht. Als Beispiel legt er aus dem Ortschaftsrat Kochstedt dar, dass es bisher üblich war, dass Vereine und Institutionen aus den Ortschaften auf Antrag Zuweisungen aus dem Budget der Ortschaften erhalten und der Ortschaftsrat in einer Sitzung über diese Anträge abstimmt. Das hat der Ortschaftsrat Kochstedt in seiner Sitzung am 14. Juni 2022 machen wollen. Auf der Tagesordnung fehlten jedoch zwei Anträge der Freiwilligen Feuerwehr Kochstedt, die von der Stadtverwaltung, dem Sachgebiet für Ortschafts- und Stadtbezirksangelegenheiten, dem Ortschaftsrat nicht vorgelegt wurden, weil diese angeblich in den Zuständigkeitsbereich der Berufsfeuerwehr gehörten, obwohl sich die Berufsfeuerwehr ausdrücklich für eine Befürwortung der Anträge für die Freiwillige Feuerwehr Kochstedt ausgesprochen hat. Dadurch konnte sich der Ortschaftsrat inhaltlich nicht mit den Anträgen beschäftigen und abwägen. Weiterhin hat an der besagten Ortschaftsratssitzung kein Vertreter der Stadtverwaltung bzw. des Sachgebietes für Ortschafts- und Stadtbezirksangelegenheiten teilgenommen. Die Freiwilligen Feuerwehren in allen Ortschaften und ihre ehrenamtlichen Mitarbeiter machen eine hervorragende Arbeit. In Kochstedt wird seit Jahren wieder eine Kinderfeuerwehr betreut, um u. a. so zeitig wie möglich Nachwuchs für diese Arbeit zu gewinnen. Die Nichtgenehmigung der Anträge widerspiegelt eine Ignoranz der städtischen Behörde gegenüber dem engagierten Auftreten im Ehrenamt.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, führt aus, dass er den Wirtschaftsausschuss einberufen hatte und auch den Kreishandwerksmeister, den Innungsobmeister und die IHK sowie die Stadtmarketinggesellschaft. Sie berichteten über die Nachwehen der Pandemie und welche Probleme das Handwerk hat, was eine traurige Angelegenheit ist. Im Dezember fand eine Zusammenkunft mit dem Oberbürgermeister und den verantwortlichen Dezernenten zur Besprechung des Masterplanes Handwerk statt, der von allen positiv bewertet wurde. Nach heutigem Kenntnisstand ist daraufhin seitens der Stadt nichts erfolgt. Nicht umsonst haben die Handwerker den offenen Brief veröffentlicht, hinter dem die Fraktion voll steht. Dem Handwerk steht eine schwierige Zukunft bevor. Neben Lieferengpässen werden auch Versorgungsengpässe mit Energie kommen. Die Stadtwerke tun zwar alles, um die Versorgung sicherzustellen, aber wenn das nicht funktioniert, haben die Einfamilienhausbesitzer mit Gasanschluss echte Probleme. Der entscheidende Paragraph 24 des Versorgungsgesetzes ist die Schwelle, wenn die Alarmstufe 3 ausgerufen wird. Dann können sich die Stadtwerke bundesweit den Preisen anpassen, die auf dem Markt sind. Es wird dann auch in Dessau-Roßlau ernst werden. Deshalb muss alles getan werden, damit gerade unseren Handwerkern geholfen wird. Im Wirtschaftsausschuss werden die Handwerker jetzt regelmäßig eingeladen und abgefragt, wie der Masterplan 2025 umgesetzt und wie das seitens der Stadt begleitet wird.

Herr Fricke, Fraktion SPD, bezieht sich auf den zurückgezogenen Tagesordnungspunkt 11.9 "Bebauungsplan Nr. 103 A „Gewerbe- und Sondergebiet Dessau-Mildensee"/Zurückstellung von Vorhaben.

Er stellt die Frage, ob, wie in der MZ dargestellt, eine Einigung zwischen dem Eigentümer und der Stadt erzielt wurde und wie das umgesetzt wird.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, erwidert, dass aufgrund der langen Ladungsfristen die Beschlussvorlage schon auf der Tagesordnung stand als die Einigung zwischen dem Investor und der Stadt erzielt worden ist. Für den Fahrradhändler gibt es eine deutlich kleinere Fläche (unter 800 m²), damit fällt die Zentrenrelevanz unter das kritische Maß. Das gleiche gilt für das Möbel- und Einrichtungshaus. Eine Beschlussfassung ist aufgrund der Einigung nicht mehr notwendig.

Herr Schöнемann, Fraktion Die Linke, geht auf den Redebeitrag von Herrn Mrosek ein und legt dar, dass die durch die Medien heraufgeschworene Situation zur Gasversorgung in der Bevölkerung Unruhe schafft. Es muss überlegt werden, wie dem lokal entgegengewirkt werden kann. Er stellt an den Oberbürgermeister die Frage, ob es denkbar ist, sich mit den Stadtwerken, der städtischen Verwaltung und vielleicht auch mit den Wirtschaftsbetrieben in der Stadt zu einigen, wie dieser Problematik entgegnet werden kann. Das Thema ist so brisant und beschäftigt viele Leute in der Stadt, so dass eine Begleitung notwendig ist. Wichtig ist, dass u. a. eine Kontaktstelle eingerichtet wird, um Fragen beantworten zu können. Er bittet darum, sich systematisch auf einen solchen Prozess einzurichten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck geht zunächst auf die von Herrn Pätzold angesprochene Thematik der Parkkarten ein und legt dar, dass es eine bisherige Praxis ist, dass die Anfragen von den zuständigen Fachdezernaten beantwortet und dann in den Ausschüssen diskutiert werden können. Er bietet aber dazu seine Gesprächsbereitschaft an. Was die Anträge der Feuerwehr betrifft, muss das aufgeklärt werden. Allerdings werden die Sport- und Kulturförderthemen auch immer in den Ortschaften behandelt. Sollte der Wunsch bestehen, dass es wieder in die Fachämter und Referate zurückgeht, könnte in den Fraktionen darüber gesprochen werden. Er wird das Thema aufgreifen. Er hatte aus Kochstedt auch zur Spielplatzsituation veranlasst, zu prüfen, dass zumindest zu den Ruhezeiten die Lärmbelästigung für die Bürgerinnen und Bürger eingeschränkt wird. Wenn er Kenntnisse von Themen hat, wird denen nachgegangen. Auf die Anfrage zum Masterplan Handwerk eingehend, kann er nicht bestätigen, dass dort nichts gemacht wurde. So wird das Handwerkerfrühstück gemeinsam mit den Fachleuten praktiziert, was ein regelmäßiger Austausch und ein gutes Instrument ist. Als weiteres Beispiel verweist er auf die Veröffentlichung von Ausschreibungen der Stadt im Amtsblatt. Die Handwerkbetriebe können sich hier also auch über Ausschreibungen informieren. Aus der Erfahrung der Stadt kann er nicht bestätigen, dass die Umsetzung des Masterplanes Handwerk nicht begleitet wird. Es wird weiter daran gearbeitet. Auf die Nachfrage von Herrn Mrosek, wann das letzte Handwerkerfrühstück stattgefunden hat, erwidert Herr Oberbürgermeister Dr. Reck, dass dies im April 2022 in Mildensee stattgefunden hat. Das Handwerkerfrühstück könnte 4mal im Jahr stattfinden. Das Turbofrühstück, was die Stadt gerade veranstaltet hat, ist für jeden offen und auch hier kann zusätzlich ein Austausch stattfinden.

Auf die Frage, wie mit dem Thema der Energieversorgung umgegangen wird, erläutert Herr Oberbürgermeister Dr. Reck, dass die Kommune, wenn die Warnstufe 3 ausgelöst wird, nur bedingt den Energiehebel in der Hand hat. Es wurde aber bereits mit den Stadtwerken gesprochen. Er hat intern den Auftrag ausgelöst, zu schauen, wo Energie gespart werden kann. Es gibt dazu auch eine Handreichung vom Städte- und Gemeindebund, welche Maßnahmen ergriffen werden können. Eine Maßnahme wurde bisher im Schwimmbad ergriffen, im Gesundheitsbad wurde bis jetzt davon abgesehen. Es ist aber richtig zu schauen, wo am Ende ein Beitrag geleistet werden kann. Für die Bevölkerung gibt es eine Kontaktstelle mit dem Bürgertelefon. Hier können auch noch zusätzliche Informationen über das Amtsblatt erfolgen. Aber das Abdrehen der Energie in den Haushalten ist nicht Teil des Planes.

Frau Perl, Fraktion SPD, erklärt, dass das Thema nicht nur das Handwerk betrifft, sondern auch private Haushalte, insbesondere die Mieter. Vor diesem Hintergrund macht sie darauf aufmerksam, dass sicherlich ein ganzes Paket geschnürt werden muss bis hin zu den Kosten der Unterkunft, die eingepreist werden müssen und andere Maßnahmen, so dass die Menschen nicht in der kalten Wohnung sitzen müssen. Die Wohnungsunternehmen vor Ort müssen mit einbezogen werden. Es wird vielleicht ein sozialer runder Tisch oder ein Wohnungsstammtisch benötigt, um die Probleme klären zu können.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck bestätigt, dass die Folgen für Einzelne dramatisch sind. Die vorhandenen Möglichkeiten werden genutzt.

Zum Ende der Behandlung des Tagesordnungspunktes erscheinen Herr Präger und Herr Palermo, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, zur Sitzung. (49)

7 Wahl der/s Beigeordneten für Digitalisierung und moderne Verwaltung **Vorlage: BV/228/2022/I-OB**

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, gibt für die Wahlen der in den Tagesordnungspunkten 7 .bis 10. genannten Beigeordnetenstellen das geplante Verfahren bekannt. Es stehen jeweils zwei Bewerber zur Wahl, die sich vorstellen werden. Danach erfolgt die Wahl. Gewählt ist, wer die Mehrheit der anwesenden Stimmen erreicht. Sollte diese Mehrheit nicht erreicht werden, wird ein zweiter Wahlgang durchgeführt, in dem die einfache Mehrheit erforderlich ist. Sollte es hier zu einer Stimmengleichheit kommen, wird ein Losverfahren durchgeführt. Die Mitglieder der Zählkommission sind Herr Kellner, Frau Koschig, Frau Ehlert und Herr Tschammer. Die Gratulation erfolgt nach Abschluss der Wahlen für alle gewählten Beigeordneten. Während der Vorstellung der Bewerber für die einzelnen Dezernate sollte der jeweilige Mitbewerber den Sitzungsraum verlassen.

Zur Wahl der/s Beigeordneten für Digitalisierung und moderne Verwaltung stellt sich zunächst Frau Sylvia Günther vor. Der Mitbewerber, Herr André Ulbrich, verlässt den Sitzungsraum.

Anschließend stellt sich Herr André Ulbrich vor. Frau Sylvia Günther verlässt währenddessen den Sitzungsraum.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, stellt nach der Vorstellung an Herrn Ulbrich die Frage, welche drei Schwerpunkte er im Rahmen einer künftigen Zusammenarbeit sieht.

In Beantwortung führt **Herr Ulbrich** aus, dass erstens die vollständige Einführung der E-Akte gesehen wird, um einen medienprofreien Prozess zu ermöglichen. Als zweiten Punkt nennt er die Einführung der E-Rechnung, um hier einen weiteren Bestandteil der medienprofreien Prozesse zu ermöglichen und gleichzeitig einen Digitalisierungsimpuls in die Region zu senden. Damit sind auch die Unternehmen angehalten, sich mit der Digitalisierung auseinanderzusetzen. Da er bei der Konzeption der internetbasierten Fahrzeugzulassung mitwirken durfte, sieht er als 3. Aspekt, das auch in Dessau-Roßlau voranzubringen, so dass die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, digital, also ortsunabhängig und zeitunabhängig, die Zulassung der Fahrzeuge durchzuführen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bittet nunmehr Frau Günther um Nennung von 3 Schwerpunkten, die sie im Falle ihrer Wahl für die Stadt sieht.

Frau Günther entgegnet, dass sie ihre Einarbeitung in die Prozesse sieht und zu analysieren, welche Schwerpunkte gesetzt werden müssen. Bezüglich der Ausrichtung der Fristsetzung des OZG zum 31.12.2022 sind die Umsetzungsmöglichkeiten zu prüfen und die Planung der weiteren Verfahrensweise im Zusammenhang mit den finanziellen Mitteln.

Im Anschluss erfolgt die Ausgabe der Stimmzettel und die Wahlhandlung.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, gibt bekannt, dass derzeit 49 stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind. Gewählt ist, wer 25 Stimmen auf sich vereinigen kann.

Nach der Auszählung der abgegebenen Stimmen durch die Zählkommission, gibt der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, folgendes **Ergebnis** bekannt:

Abgegebene Stimmen: 49

Davon entfallen auf Frau Sylvia Günther 17 Stimmen und auf **Herrn André Ulbrich 31 Stimmen**. 1 Stimme ist ungültig.

Damit ist **Herr André Ulbrich** als Beigeordneter für Digitalisierung und moderne Verwaltung **gewählt**.

Herr André Ulbrich nimmt die Wahl an.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau wählt aus den Kandidaten, die der Stadtrat in seiner Sitzung am 01.06.2022 nominiert hat, Herrn André Ulbrich zum Beigeordneten für Digitalisierung und moderne Verwaltung.

8 Wahl der/s Beigeordneten für Bauen und Stadtgrün **Vorlage: BV/229/2022/I-OB**

Zur Wahl der/s Beigeordneten für Bauen und Stadtgrün stellt sich zunächst Herr Mohsen Khosravi vor. Die Mitbewerberin Frau Jaqueline Lohde verlässt den Sitzungsraum.

Anschließend stellt sich Frau Jaqueline Lohde vor. Herr Mohsen Khosravi verlässt währenddessen den Sitzungsraum.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bittet Frau Lohde nach deren Vorstellung um die Nennung von 3 Schwerpunkten, die sie im Falle ihrer Wahl für die Stadt sieht.

Frau Lohde führt aus, dass als erstes die beschlossenen Baumaßnahmen umgesetzt werden müssen, die Investitionen aus dem Haushalt müssen bedient und die Bauvorhaben zu Ende geführt werden. Als zweites nennt sie die Reparaturen der Bestandsstraßen. Als drittes Thema führt sie das klimagerechte Planen und Bauen an. Die Anstrengung hier wird nicht sein, dort gute Lösungen zu finden, sondern Lösungen zu finden, die einfach und plausibel sind und die gar nicht so viel Geld kosten, also schlau zu bauen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bittet nunmehr Herrn Khosravi um Aussagen, welche 3 Schwerpunkte er im Falle einer Wahl für die Stadt sieht.

Herr Khosravi legt dar, dass ein Schwerpunkt die Frage der alternativen Energie ist und die Alleinstellungsmerkmale in diesem Bereich. Sein Ansporn ist es, die Frage zu stellen, ob mit Wasserkraft und Speicherung gerechnet werden kann. Momentan sind andere Preise und Technologien auf dem Markt. Hier hat er Kontakte und ein Netzwerk. Durch eine nachhaltige Stadtentwicklung wird er Möglichkeiten schaffen, um Investoren in die Stadt zu locken. In der Stadt gibt es viele Flächen. Die Idee, alles in den Stadtbereich zu holen ist gut, aber es müssen bezüglich des Alleinstellungsmerkmals andere Lösungen gefunden werden, z. B. durch preiswerte und qualitativ hochwertige Wohnungen.

Er erfolgt die Ausgabe der Stimmzettel sowie die Wahlhandlung.

Nach der Auszählung der abgegebenen Stimmen durch die Zählkommission, gibt der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, folgendes **Ergebnis** bekannt:

Abgegebene Stimmen: 49

Davon entfallen auf Herrn Mohsen Khosravi 11 Stimmen und auf **Frau Lohde 37 Stimmen**. 1 Stimme ist ungültig.

Damit ist **Frau Jacqueline Lohde** als Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün **gewählt**.

Frau Lohde nimmt die Wahl an.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau wählt aus den Kandidaten, die der Stadtrat in seiner Sitzung am 01.06.2022 nominiert hat, Frau Jacqueline Lohde zur Beigeordneten für Bauen und Stadtgrün.

9 Wahl der/s Beigeordneten für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren **Vorlage: BV/230/2022/I-OB**

Zur Wahl der/s Beigeordneten für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren stellt sich zunächst Frau Eter Hachmann vor. Der Mitbewerber, Torsten Haß, verlässt den Sitzungsraum.

Anschließend stellt sich Herr Torsten Haß vor. Frau Eter Hachmann verlässt währenddessen den Sitzungsraum.

Herr Schöнемann, Fraktion Die Linke, stellt an Herrn Haß die Frage, welche 3 Schwerpunkte er im Rahmen einer künftigen Zusammenarbeit sieht und was er als einen realistischen Zeitraum ansieht, dass die Stadt endlich eine würdige Jugendvertretung demokratischer Art erhält.

Erwidernd führt **Herr Haß** aus, dass in Erfurt eine Struktur mit einem Jugendbeteiligungsinstrument geschaffen wurde. Dort werden alle Vorlagen, die die Jugend betreffen, vorgelegt. Ein Beirat von Vertretern der Schulen und der Jugendeinrichtungen, trifft sich regelmäßig und berät diese Beschlussvorlagen. Für ein funktionierendes Gremium werden Partner in den Schulen gebraucht, was im entsprechenden Amt aufgebaut werden muss. Dann muss man mit den Schülervertretungen aktiv werden. Realistisch wären 1 ½ bis 2 Jahre für den Aufbau eines solchen Gremiums.

Zu den Schwerpunkten legt er dar, dass das entscheidende die integrierte Sozialraumplanung ist. Das zweite ist das Quartiersmanagement und das dritte Thema wäre, die Verwaltung als Dienstleister und attraktiven Arbeitgeber zu gestalten.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, stellt an Frau Hachmann ebenfalls die Frage, welche 3 Schwerpunkte für die zukünftige Arbeit gesehen werden und welcher Zeitraum für realistisch machbar gesehen wird, um dieser Stadt eine zeitgemäße und aktive Jugendvertretung zu ermöglichen.

Frau Hachmann führt aus, dass bezüglich der Jugendvertretung Schritt für Schritt daran gearbeitet werden muss. Die Jugend ist aktiv. Es geht darum, für Jugendliche die Politik zugänglich zu machen und Jugendlichen erklärbar darzustellen, warum es wichtig ist, sich früh da einzubinden und sich für Politik zu interessieren. Bei den Jugendlichen geht es darum, dass es Spaß machen muss und Politik macht Spaß. Wenn eine Jugendvertretung initiiert werden soll, geht es darum, das für Jugendliche gut erklärbar zu machen, Zugänge zu schaffen und Gesicht zu zeigen, was der Oberbürgermeister bereits hervorragend macht. Der Zeitraum beläuft sich auf 2 bis 3 Jahre. Wichtig ist auch, mit den Schulen zu sprechen.

Das erste Thema ist die Schulsozialarbeit. Sie hatte die Ressourcenknappheit schon angesprochen. Gerade in der Pandemie haben viele Fachkräfte darunter gelitten, dass sie nicht mehr wussten, was sie zuerst erledigen sollen, weil zu viele Aufgaben auf dem Tisch lagen. Schulsozialarbeit, Schulen, Bildungseinrichtungen müssen gestärkt werden, denn Politik macht man nur dann Spaß, wenn man ein konkretes Ziel vor Augen hat. Sie versteht den Stadtrat als ihre Unterstützung und Kritik ist nicht immer negativ gemeint. Es ist zweitens wichtig, dass die Stadt barrierefrei wird. Hier müsste sie sich mit der zuständigen Beigeordneten zusammensetzen. Es kann nicht sein, dass Senioren einkaufen gehen möchten, aber dass das einfach nicht geht. Als drittes Thema verweist sie auf den Sport. Diese Stadt ist durch und mit dem Sport bekanntgeworden ist. Hier müssen für Jugendliche Möglichkeiten geschaffen werden. Sport ist die Zukunft und Sport ist auch eine Verbindung zwischen dem Stadtrat und den Jugendlichen. Sport hat sehr stark etwas mit der Politik und vor allem mit der Zukunft zu tun.

Es erfolgt die Ausgabe der Stimmzettel sowie die Wahlhandlung.

Nach der Auszählung der abgegebenen Stimmen durch die Zählkommission, gibt der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, folgendes **Ergebnis** bekannt:

Abgegebene Stimmen: 49

Davon entfallen auf **Frau Hachmann** 34 Stimmen und auf **Herrn Haß** **09 Stimmen**. 6 Stimmen sind ungültig.

Damit ist **Frau Eter Hachmann** als Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren **gewählt**.

Frau Hachmann nimmt die Wahl an.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau wählt aus den Kandidaten, die der Stadtrat in seiner Sitzung am 01.06.2022 nominiert hat, Frau Eter Hachmann zur Beigeordneten für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren.

10 Wahl der/s Beigeordneten für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit Vorlage: BV/231/2022/I-OB

Zur Wahl der/s Beigeordneten für Bürgerdienste und Sicherheit stellt sich zunächst Herr Aleksander Hinkel vor. Der Mitbewerber, Herr Stefan Horváth verlässt den Sitzungsraum.

Anschließend stellt sich Herr Stefan Horváth vor. Herr Aleksander Hinkel verlässt währenddessen den Sitzungsraum.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bittet Herrn Horváth

um Aussagen, wo die Probleme in der Stadt im ordnungsrechtlichen Sinn gesehen werden. Es gibt den Wunsch, eine stärkere Verbindung zwischen der Stadt und dem Umweltbundesamt herzustellen und dieser Stadt vielleicht irgendwann den Titel „Umweltstadt“ zu verleihen. Er fragt, was Herr Horváth konkret zu diesem Thema meint und welche 3 Schwerpunkte im Rahmen seiner Amtshandlung anstehen.

In Beantwortung legt **Herr Horváth** dar, dass ein Weg für die Stadt gefunden werden muss, um den Titel „Umweltstadt“ zu erreichen. Er wird sich dafür stark machen und dafür arbeiten. Auf die Schwerpunkte eingehend, führt er aus, dass es wichtig ist, den Bürgerservice in den Mittelpunkt zu rücken. D. h., er würde alle Verwaltungsmitarbeiter, die Kundenkontakt haben und möglicherweise auch Kontakt mit den Stadträten, einer Schulung unterziehen, so dass das Klima besser wird. Das zweite Thema ist die Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners. Hier wird ein klarer Handlungsfahrplan benötigt, der auch umgesetzt wird. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Stadtordnungsdienst, wo Brennpunkte beseitigt und das Sicherheitsempfinden der Bürger erhöht werden müssen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bittet Herrn Hinkel ebenfalls die 3 Schwerpunkte zu nennen, die im Rahmen seiner Amtshandlung zuerst anstehen. Des Weiteren ist es ein Wunsch der Stadt, den Titel „Umweltstadt“ zu erreichen. Als kompetenter Partner befindet sich das Bundesumweltamt in der Stadt. Er stellt die Frage, was zu leisten ist, um diesen Titel in absehbarer Zeit zu erreichen.

Es ist schwierig, bei dem Dezernat, das sich mit Gefahrenabwehrrecht beschäftigt, Prioritäten zu setzen, da alles prioritär ist, entgegnet **Herr Hinkel**. Insbesondere muss das Planungs- und Genehmigungsrecht in den Blick genommen werden.

Hier gibt der Bundesgesetzgeber eine Schlagzahl vor, was Beschleunigung angeht. Der Bereich Sicherheit und öffentliche Ordnung muss konzeptionell angegangen werden, um sich besser aufstellen zu können. Es gibt Entwicklungen in der Landeshauptstadt, in Halle und auch die Stadt Dessau-Roßlau als Oberzentrum ist sicherlich nicht weit weg von der Sorge was Jugendgewalt angeht. Hier muss auch dezentriert übergreifend agiert werden. An der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes muss gearbeitet werden. Das Thema Umweltstadt sollte aufgegriffen werden. Aus dem Prozess Zeitreise Dessau-Roßlau gibt es gute Ideen und Hinweise. Natürlich spielt das Thema Klimaschutz eine Rolle, insbesondere weil durch die aktuelle Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichtes im Klimaschutz eine andere Ebene erreicht wurde. Mit Hinblick auf die Synergien im UBA und dass wir eine BUGA vor uns haben, sollte man da dran bleiben.

Es erfolgt die Ausgabe der Stimmzettel und die Wahlhandlung.

Nach der Auszählung der abgegebenen Stimmen durch die Zählkommission, gibt der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, folgendes **Ergebnis** bekannt:

Abgegebene Stimmen: 49

Davon entfallen auf **Herrn Aleksander Hinkel** 18 Stimmen und auf **Herrn Stefan Horváth** 31 Stimmen.

Damit ist **Horváth** als Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit **gewählt**.

Herr Horváth nimmt die Wahl an.

Es erfolgt die Gratulation der gewählten Beigeordneten und eine sich anschließende 10-minütige Pause.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau wählt aus den Kandidaten, die der Stadtrat in seiner Sitzung am 01.06.2022 nominiert hat, Herrn Stefan Horváth zum Beigeordneten für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit.

11 Beschlussfassungen

11.1 Befragung Dessau - Zukunftsgestaltung Museumsquartier **Vorlage: BV/158/2022/I-41**

Beschluss:

Der Durchführung einer Befragung von Bürgern und Bürgerinnen sowie Besucher und Besucherinnen der Stadt Dessau-Roßlau im Rahmen der Neukonzeption der Dessauer Museen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 49:00:00

11.2 Beschluss über die Auswahlkriterien für das Verfahren zur Neuvergabe einer Konzession im Rettungsdienst
Vorlage: BV/164/2022/II-37

Herr Adamek, CDU-Fraktion, erklärt sich **befangen** und nimmt an der Behandlung der Beschlussvorlage nicht teil. Er nimmt im Zuschauerbereich Platz.

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion, hat den Sitzungsraum verlassen und nimmt an der Behandlung und **Abstimmung der Beschlussvorlage nicht teil.**

Herr Focke stellt für die **Fraktion CDU** folgenden **Änderungsantrag:**

1. Als weiteres Bewertungs- bzw. Ausschlusskriterium sollten Zertifizierungen wie Qualitätsmanagement nach DIN ISO 9001:2015 sowie Zertifizierungen zur Patientensicherheit nach DIN 15224 aufgenommen werden.

Qualitätsbewusstsein und die Sicherheit der Patienten, im Sinne der Verantwortung diesen gegenüber, stellt ein hohes Gut dar. Deshalb wird es als notwendig erachtet, dass diese Zertifizierungen zwingend vorliegen.

2. In die Vergabe soll die Absicherung der KTW-Dienste außerhalb der Regelzeit von 18:00 Uhr bis 07:00 Uhr und an den Wochenenden von Freitag 18:00 Uhr bis Montag 07:00 Uhr aufgenommen werden.

Aktuell besteht dort die Situation, dass zum Beispiel die Rückführung von Patienten aus dem Klinikum nach Hause nicht abgesichert ist. Bisherige Unternehmen haben diese Geschäftsbereiche mangels Deckung aufgegeben. Die Kosten für einen möglichen Rücktransport via RTW, anstatt KTW, gehen teilweise zu Lasten des Klinikums. Es wird hier von 50-150 Transporten pro Monat mit einem Kostensatz von ca. 200 Euro gesprochen. Ein Vorteil bspw. für das Klinikum ist, dass das Entlassmanagement des Klinikums wesentlich verbessert werden kann, was auch zu einer höheren Patientenzufriedenheit und besserer Auslastung führt. Nach einer entsprechenden Anpassung der Satzung und einer Verhandlung mit den Kassen, würden die Kosten, auch für die Vorhaltung der Fahrzeuge und des Personals, von den Kassen übernommen werden. Dafür ist es notwendig, dass die Stadt diese Forderung stellt.

Der in der Beschlussvorlage aufgeführten Beratungsfolge ist zu entnehmen, dass der Ausschuss für Feuerwehr, Hochwasser und Katastrophenschutz die Beschlussvorlage am 08.06.2022 ungeändert beschlossen hat, bemerkt **Herr Ratzmann, Fraktion**

AfD. Er verweist darauf, dass an diesem Tag keine Beschlussfähigkeit bestand und bittet die Fraktionen darum, im Verhinderungsfall einen Vertreter zu entsenden, damit die anderen Mitglieder nicht umsonst erscheinen. Es ist dort also keine Beschlussfassung erfolgt, sondern die Beschlussvorlage ist lediglich mit den wenigen Mitgliedern beraten worden. Deshalb ist es fraglich, ohne eine Abstimmung im Ausschuss erzielt zu haben, heute über diese Vorlage abzustimmen.

Frau Wirth, Leiterin des Amtes 20 und in Vertretung der Beigeordneten für Finanzen anwesend, bittet zum gestellten Änderungsantrag darum, Herrn Müller, Abteilungsleiter abwehrender Brandschutz, das Wort zu erteilen, da sie nicht weiß, ob diese Änderungen im Rahmen der Finanzierung durch die Krankenkassen sachgerecht sind.

Herr Müller, Abteilungsleiter abwehrender Brandschutz, erhält das Rederecht und führt aus, dass versucht wurde, das Qualitätsmanagement zu beschreiben. Das noch einmal mit einer DIN zu hinterlegen, kann aufgenommen werden. Deutlich schwieriger gestaltet sich das bei der Bereitstellung eines zusätzlichen Krankentransportwagens in den Nachtstunden und am Wochenende, denn hier ist die Beratung des Rettungsdienstbereichsbeirates erforderlich. Beteiligt sind also die Krankenkassen, die Krankenhäuser, der Träger des Rettungsdienstes, aber auch der Leistungserbringer des Rettungsdienstes und der Ärztliche Leiter des Rettungsdienstes, um hier eine Beschlussfassung zu bringen, ob dieser KTW notwendig ist oder nicht. Anhand der Zahlen der Leitstelle wäre dieser nicht zwingend erforderlich. Im Monat erfolgen über 16,2 Einsätze. Das sind am Tag 0,5 Einsätze. Dafür kann ein Auto nicht wirtschaftlich dargestellt werden. Das jetzt den Krankenkassen aufzudrücken wird schwierig, weil er nicht glaubt, dass die Krankenkassen ein Fahrzeug finanzieren, was am Tag rechnerisch einen halben Einsatz hat. Es gibt sicherlich Nächte, wo es einmal vier Entlassungen im Klinikum gibt, es gibt aber auch vier Nächte, wo keine Entlassungen stattfinden. Der Leistungserbringer muss es auch personell sicherstellen. Dieser kommt hier aber schon an seine Grenzen. Er betrachtet das als nicht notwendig und nicht wirtschaftlich.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, führt aus, dass der 1. Punkt des Änderungsantrages übernommen werden kann. Zum Punkt 2 besteht aber Klärungsbedarf. Deshalb kann seitens seiner Fraktion nur der erste Punkt des Änderungsantrages unterstützt werden.

Frau Wirth, Leiterin des Amtes 20 und in Vertretung der Beigeordneten für Finanzen anwesend, verweist darauf, dass der Ausschuss für Feuerwehr, Hochwasser und Katastrophenschutz ein beratender Ausschuss.

Herr Focke, Fraktion CDU, erklärt, dass der Punkt 1 des Änderungsantrages bestehen bleibt und der Punkt 2 aufgrund der Aussagen von Herrn Müller als Prüfauftrag gelten soll.

Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, merkt an, ihm ist nicht klar, inwieweit der Punkt 2 des Änderungsantrages ein Prüfauftrag sein kann, denn jetzt werden die Konditionen für die Ausschreibung festgelegt. Er fragt, was dagegen spricht, abzuprüfen, ob das leistbar ist und parallel zu prüfen, ob das von den Krankenkassen refinanziert werden kann. Wenn die Krankenkassen das übernehmen, ist das ein Servicevorteil. Jeder kann sich vorstellen, was passiert, wenn ein regulärer Krankenwagen eingesetzt wird, um Transporte abzuleisten und dieser dann nach Wittenberg unterwegs ist. Hier helfen dann auch keine Statistiken weiter.

Beide Punkte des Änderungsantrages machen aus seiner Sicht Sinn, denn die Krankentransporte müssen zu den genannten Zeiten abgesichert werden, legt **Herr Mrosek, Fraktion AfD**, dar. Er unterstützt die Aussagen von Herrn Ratzmann bezüglich der nicht anwesenden Mitglieder im Ausschuss für Feuerwehr, Hochwasser und Katastrophenschutz.

Herr Kellner, Fraktion CDU, verweist darauf, dass der Ausschuss für Feuerwehr, Hochwasser und Katastrophenschutz nicht beschlussfähig ist, weil der Hauptverwaltungsbeamte den Vorsitz abgegeben hat. Ihm ist aber eine E-Mail zugegangen, in der versprochen wurde, dass das im Zuge der Überarbeitung der Hauptsatzung mit geprüft wird. Weiterhin merkt er an, dass die Dichte der Rettungswagen, der Rettungsmittel in dieser Stadt, zu wenig sind. Das sollte extern festgeschrieben und geprüft werden. In Leipzig ist das gerade erfolgt. Es ist die Rede von 40 T€ bis 50 T€. Bei einer Beschlussfassung haben die Krankenkassen die Kosten für diese Befragung zu tragen.

Herr Fessel, Fraktion Die Linke, stellt fest, dass zum Punkt 2 des Änderungsantrages geklärt werden muss, wann der RTW zum Einsatz kommt. Es gibt also Patienten, die entlassen werden und einen Transport nach Hause benötigen. Dafür erhalten Sie einen Schein. Manche müssen aber begleitet werden. Die Fraktion hatte diese Problematik schon einmal angesprochen, dass zu Nachtzeiten kein Transport möglich war. Es kam vor, dass im Städtischen Klinikum Patienten von 22:00 Uhr bis früh morgens auf einen Transport warten mussten. Die Ausschreibung bezieht sich auf die Rettungsdienste, was Leistungen sind, die von den Krankenkassen erbracht werden müssen. Es muss als zuerst eine Prüfung erfolgen, weshalb das aus der Ausschreibung herausgelassen werden sollte.

Nach dem Verlesen der beiden Punkte des Änderungsantrages durch den **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Rumpf**, werden diese zur Abstimmung gebracht.

Der **Punkt 1 des Änderungsantrages** wird einstimmig **angenommen** (47:00:00).

Der **Punkt 2 des Änderungsantrages** wird mehrheitlich **angenommen** (32:06:09).

Beschluss:

Es wird beschlossen, die Auswahl für die Erteilung einer Konzession zur Durchführung des Rettungsdienstes für den Zeitraum 01.01.2024, 7.00 Uhr bis 01.01.2030, 7.00 Uhr (einschl. einer einmaligen Verlängerungsoption um weitere 3 Jahre) nach den in Anlage 1 beschriebenen Wertungskriterien unter Einbeziehung der Abschluss- und Versagungsgründe durchzuführen.

Anmerkung des Protokolls: Nach Rücksprache mit dem zuständigen Dezernat am 14.07.2022 können die beschlossenen Punkte des Änderungsantrages aus rechtlichen Gründen nicht in den Beschluss aufgenommen werden. Entsprechende Erklärungen werden seitens des Dezernates II den Fraktionen zugeleitet.

Abstimmungsergebnis: 39:00:08

- 11.3 2. Novellierung des Maßnahmebeschlusses im Rahmen STARK III zur allgemeinen und energetischen Sanierung der Kita "Bremer Stadtmusikanten" sowie Maßnahmebeschluss über die Ergänzungsmaßnahme Außenanlagen und Ausstattung**
Vorlage: BV/091/2022/II-DKT

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion, hat den Sitzungsraum verlassen und nimmt an der Abstimmung zur Beschlussvorlage nicht teil.

Beschluss:

1. Der Ausgabebedarf für die energetische und allgemeine Sanierung der Kita „Bremer Stadtmusikanten“ und der Ergänzungsmaßnahme Außenanlagen und Ausstattung wird um 1.354.400 EUR erhöht und mit dem neuen Gesamtausgabebedarf in Höhe von 5.469.300 EUR beschlossen.
2. Zur Sicherung der Gesamtfinanzierung wird für den Haushalt 2022 eine überplanmäßige Auszahlung von 93.000 EUR genehmigt.
3. Zur Sicherung der Gesamtfinanzierung wird für den Haushalt 2022 eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 268.000 EUR für die Ergänzungsmaßnahme Außenanlage sowie der Ausstattung zu STARK III plus EFRE genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 48:00:00

- 11.4 2. Novellierung des Maßnahmebeschlusses STARK III ELER zur Teilsanierung und Zuschuss zur Ausstattung der Kita "Luisenkinder", Goltewitzer Str. 5
Vorlage: BV/092/2022/II-DKT**

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion, hat den Sitzungsraum verlassen und nimmt an der Abstimmung zur Vorlage nicht teil.

Beschluss:

1. Der Ausgabebedarf für die Teilsanierung und der Zuschuss zur Ausstattung der Kita „Luisenkinder“ werden um 922.000 EUR erhöht und mit dem neuen Gesamtausgabebedarf in Höhe von 2.531.000 EUR beschlossen.
2. Zur Sicherung der Gesamtfinanzierung wird für den Haushalt 2022 eine überplanmäßige Auszahlung von 190.400 EUR genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 48:00:00

- 11.5 1. Novellierung des Gesamtmaßnahmebeschlusses STARK III zur Allgemeinen und Energetischen Sanierung des Hortes Waldwichtel, Fliederweg 10 einschließlich der Außenanlagen und Ausstattung
Vorlage: BV/093/2022/II-DKT**

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion, hat den Sitzungsraum verlassen und nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Beschluss:

1. Der Ausgabebedarf für die energetische und allgemeine Sanierung einschließlich der Außenanlagen und Ausstattung des Hortes „Waldwichtel“ werden um 1.927.200 EUR erhöht und mit dem neuen Gesamtausgabebedarf in Höhe von 4.500.605,43 EUR beschlossen.
2. Zur Sicherung der Gesamtfinanzierung wird für den Haushalt 2022 eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von 683.841 EUR genehmigt.
3. Zur Sicherung der Gesamtfinanzierung wird für den Haushalt 2022 eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 349.500 EUR genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 48:00:00

11.6 Bildung einer Rücklage für Gewinne der Betriebe gewerblicher Art (BgA) der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/236/2022/II-20

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion, hat den Sitzungsraum verlassen und nimmt an der Abstimmung zur Beschlussvorlage nicht teil.

Beschluss:

Die Stadt Dessau-Roßlau beschließt, dass für die Gewinne im Veranlagungsjahr 2021 aller BgA's (Regiebetriebe) der Stadt Dessau-Roßlau eine Rücklage gebildet wird. Diese Gewinne sollen dem jeweiligem BgA als Eigenkapital weiterhin zur Verfügung stehen.

Abstimmungsergebnis: 48:00:00

11.7 Änderungsbebauungsplan Nr. 102 A "Gewerbegebiet West" – Billigungs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: BV/100/2022/III-61

Herr Dreibrodt, Fraktion Die Linke, hat den Sitzungsraum verlassen und nimmt an der Abstimmung zur Vorlage nicht teil.

Beschluss:

Die in den Anlagen beigefügten Entwürfe

- des Änderungsbebauungsplanes Nr. 102 A "Gewerbegebiet West" in der Fassung vom 29.04.2022 (Anlage 3) und
- der dazugehörigen Begründung mit Umweltbericht (Anlage 4) einschließlich der Anhänge (Anlage 4.1 bis 4.4)

werden zusammen mit der Übersicht der vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen und Arten umweltbezogener Informationen (Anlage 5) gebilligt und zur öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und zur Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB bestimmt. Die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB wird beschlossen.

1. Der Reduzierung des Plangeltungsbereiches um die beiden bisher anteilig enthaltenen Flurstücke 14/5 und 2326 der Flur 1, Gemarkung Alten wird zugestimmt.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss sowie die Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit ortsüblich bekannt zu machen. Der Inhalt der ortsüblichen Bekanntmachung und auszulegenden Unterlagen sind zusätzlich auf der Internetseite der Stadt Dessau-Roßlau einzustellen und über das zentrale Internetportal des Landes zugänglich zu machen.

Abstimmungsergebnis: 48:00:00

11.8 Baulandkataster der Stadt Dessau-Roßlau **Vorlage: BV/130/2022/III-61**

Zu Beginn der Behandlung des Tagesordnungspunktes erscheint Herr Dreibrodt, Freie Fraktion, wieder zur Sitzung. (49)

Herr Ratzmann, Fraktion AfD, begrüßt die Beschlussvorlage, bemängelt jedoch, dass mit der Veröffentlichung der Baugrundstücke nicht bekannt ist, wo sich die Bauplätze befinden. Unter anderem sind z. B. in Rodleben 7 Bauplätze und in Meinsdorf 10 Bauplätze aufgeführt, aber niemand aus der Ortschaft weiß, wo sich diese Bauplätze befinden. Der Beschlussvorlage hätten zumindest die städtischen Gelände beigelegt werden müssen. Die Ortschaften und die Ortschaftsräte sollten mitgenommen und die angebotenen Grundstücke bekanntgegeben werden. Bevor hier eine Beschlussfassung erfolgt, sollte das erst in den Ortschaften besprochen werden, was er als Antrag stellt.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, erwidert, dass das Baulandkataster ein Angebot an die Bauwilligen ist, damit sie sehen, wo sie bauen können. Im Vorfeld mit jedem Ortschaftsrat über das Baulandkataster zu diskutieren, ob die jeweiligen Grundstücke bebaut werden dürfen oder nicht, kann nicht sein, weil sich das ein Stück weit der Erlaubnis der Politik entzieht. Wenn es ein Grundstück gibt, das unter bestimmten Rahmenbedingungen bebaut werden kann, kann ein Ortschaftsrat nicht sagen, dass dort nicht gebaut wird. Es kann aber noch einmal vorgestellt werden. Jetzt sollen diese Grundstücke aber erst einmal gesammelt und ausgeschrieben werden, um dann zu sagen, was gemacht wird. Für detailliertere Erläuterungen bitte Sie, Herrn Schmidt, Abteilungsleiter Städtebau und Planungsrecht, das Rederecht zu erteilen.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf, bemerkt, dass die Ortschaften in wichtigen Angelegenheiten, die sie betreffen, zu hören sind.

Herr Schmidt, Abteilungsleiter Städtebau und Planungsrecht, legt dar, dass das Baulandkataster ein wichtiges Instrument ist, um Bauwilligen Angebote zu unterbreiten. Im März letzten Jahres hat es in Vorbereitung des Baulandkatasters mit dem

Ausschuss für Bauwesen, Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt und mit dem Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus Abstimmungen gegeben, wie dieses auf den Weg gebracht werden soll. Dafür sind die entsprechenden Regularien aus dem Bau-gesetzbuch zu berücksichtigen. Mit dieser öffentlichen Bekanntmachung ist darauf hinzuweisen, dass Grundstückseigentümer ein Widerspruchsrecht haben. Das heißt, jeder Eigentümer hat erst einmal die Möglichkeit, sich zu informieren, ob sein Grund-stück betroffen ist. Wenn ja geben wir ihm Auskunft. Er hat dann das Recht, der Ver-öffentlichung in diesem Baulandkataster zu widersprechen. Das heißt, bevor die Ei-gentümer ihre Zustimmung, oder ihren Widerspruch dargelegt haben, kann man da-mit woanders nicht vorstellig werden. Des Weiteren geht es um individuelle Rechte im Rahmen des Paragraphen 34 bzw. um Bauplätze, die in bereits geschlossenen Be-bauungsplangebietes liegen. Jetzt wird erst einmal erkundet, ob es überhaupt eine Mitwirkungsbereitschaft der Eigentümer gibt, was mit der öffentlichen Bekanntgabe dieses Beschlusses gemacht wird. Erst, wenn dieses Verfahren abgeschlossen ist, steht fest, welche Bauplätze überhaupt für eine Veröffentlichung zur Verfügung ste-hen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, führt aus, dass das Projekt sachdienlich ist, was das Erschließen von Kapazitäten im Bereich der Nachverdichtung des Stadtge-bietes nach sich zieht. Er sieht den Prozess als Offenlage der Beteiligung der ent-sprechenden Eigentümer. Die Ortschaftsräte und Stadtbezirksbeiräte haben durch-aus mit ihren Konzepten, was die Ortsentwicklung betrifft, ein Mitspracherecht. Es ist ein Stück weit auch eine politische Aufgabenstellung, Ressourcen sinnvoll zu nutzen und das Konzept der Nachverdichtung zu handhaben. Insofern gibt es sicherlich den Arbeitsschritt zwei, nach der Offenlage und Abklärung mit den Eigentümern, das ent-sprechend zu diskutieren.

Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, merkt an, dass in den Ortschaften die Diskussion, die im Rahmen des Flächennutzungsplanes in Bearbeitung ist und wo neue Gebiete ausgewiesen werden, geführt werden muss. Das Kataster ist eine Übersicht, was im Moment an Baugrundstücken nach der jetzi-gen Rechtslage vorhanden ist. Deshalb unterstützt die Fraktion diesen Vorschlag. Im Ausschuss konnte der Anspruch, dass eine aktive Rückmeldung die Voraussetzung für das Einbringen in das Kataster ist, nicht durchgesetzt werden. Das wäre ein handhabbarer Kataster, weil eben wirklich nur dort, wo gebaut werden kann, die Ausweisung ist. Das wird als nächster Arbeitsschritt gesehen, weshalb jetzt diese Beschlussvorlage beschlossen werden sollte.

Herr Gebhardt, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, führt als Ortsbürgermeister von Kleutsch aus, dass ihm dort zwei Baustellen bekannt sind und mit dieser Beschluss-vorlage der Ortschaftsrat sicher gefragt wird, wo die Baugrundstücke sind. Die Leute fragen ständig, wo gebaut werden kann, was er bis auf zwei Grundstücke nicht be-antworten kann.

Frau Jahn, Leiterin des Amtes 61 erhält das Rederecht und bittet darum, jetzt die-sen ersten Schritt zu gehen, weil dann bekannt ist, welche Grundstücke in den Orts-

teilen zur Verfügung stehen. Es könnte passieren, dass von den möglichen, nach § 34 des BauGB bebaubaren Grundstücken, einige herausfallen. Deshalb passiert das jetzt unter dem Siegel der Verschwiegenheit. Die städtischen Grundstücke können benannt werden. Über diese kann am Ende sogar bestimmt werden, ob darauf gebaut werden soll, oder nicht. Bei einem Privaten geht das aber nicht, da hier das Baurecht greift. Sie unterbreitet das Angebot, diesen ersten Schritt jetzt zu machen. Wenn dann bekannt ist, was veröffentlicht werden kann, wird das in den Ortschaften kommuniziert.

Wenn es dann bei kommunalen Grundstücken noch Bedenken gibt, wird darüber gesprochen und überlegt, ob eine Anpassung vorgenommen wird, ergänzt **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck**. Das von Frau Jahn Vorgeschlagene ist pragmatisch. Die Ortschaftsräte erhalten die Informationen. Sollten bei kommunalen Grundstücken Grundstücke dabei sein, die aus Sicht der Ortschaft noch nicht angeboten werden sollen, wird darüber gesprochen und das Grundstück notfalls aus dem Kataster genommen.

Frau Jahn, Leiterin des Amtes 61, schlägt vor, dass dieser Schritt dazwischengeschoben wird. Es wird jetzt veröffentlicht und die Zeit abgewartet, dass sich die Eigentümer melden können und dann erfolgt die Information an die Ortschaftsräte. Danach könnte veröffentlicht werden.

Herr Kellner, Fraktion CDU, erinnert sich, dass im Zuge der Beschlussfassung des Flächennutzungsplanes im Ortschaftsrat Mildensee die kommunalen Flächen illustriert gezeigt worden sind.

Ihm ist klar, dass erst eine Zustimmung der Eigentümer von privaten Grundstücken vorliegen muss, führt **Herr Ratzmann, Fraktion AfD**, aus. Trotzdem hätten die städtischen Grundstücke benannt und die Bauplätze beigefügt werden können, um eine gewisse Aussagefähigkeit zu haben. Die Ortschaftsräte sollten nicht übergangen werden.

Es soll beschlossen werden, ob grundsätzlich ein solches Baulandkataster eingeführt wird, wo am Ende alle Baugrundstücke aufgeführt werden, die bebaubar sind, vorausgesetzt, der jeweilige Eigentümer, wenn sie in Privathand sind, stimmt dem zu, stellt **Herr Fricke, Fraktion AfD**, fest. Ob ein Ortschaftsrat Kenntnis hat, welche Grundstücke in seiner Ortschaft bebaubar sind oder nicht, hat mit dieser Frage erst einmal gar nichts zu tun. Wenn ein Ortschaftsrat wissen möchte, wo es Baulücken gibt, kann er durch die Ortschaft laufen, oder bei der Stadt nachfragen. Er bittet um Abstimmung der Vorlage.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Absicht zur Veröffentlichung eines Baulandkatasters gemäß § 200 Abs. 3 BauGB öffentlich bekannt zu geben und dabei auf das Widerspruchsrecht hinzuweisen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die im Baulandkataster erfassten Flächen auf der Homepage der Stadt Dessau-Roßlau zu veröffentlichen. Der dazu in der Anlage 2 beigefügte Mustersteckbrief wird gebilligt.

Abstimmungsergebnis: 45:00:04

- 11.9 Bebauungsplan Nr. 103 A "Gewerbe- und Sondergebiet Dessau-Mildensee" / Zurückstellung von Vorhaben**
Vorlage: BV/207/2022/III-61

Die Beschlussvorlage wurde **von der Tagesordnung genommen**.

- 11.10 Novellierung des Gesamtmaßnahmebeschlusses**
Ersatzneubau der Schule für Körperbehinderte "Schule an der Muldaue"
Vorlage: BV/173/2022/III-65

Beschluss:

1. Der Einbau einer dezentralen Lüftungsanlage als wesentliche Änderung in der Aufgabenstellung wird beschlossen.
2. Der Gesamtausgabebedarf für den Ersatzneubau der Schule für Körperbehinderte wird von 13.579.700,00 EURO (brutto) um **2.175.300,00 Euro** auf 15.755.000,00 Euro (brutto) erhöht.

Abstimmungsergebnis: 49:00:00

- 11.11 Novellierung des Grundsatzbeschlusses (BV/261/2020/V-40) vom 16.09.2020 - Umsetzung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen aus dem „DigitalPakt Schule“**
Vorlage: BV/206/2022/V-40

Beschluss:

1. Der Gesamtausgabebedarf im Rahmen des „DigitalPaktes Schule“ für die infrastrukturellen Bauleistungen und medientechnische Ausstattung an den öffentlichen Schulen der Stadt Dessau-Roßlau wird aufgrund der eingeschätzten Kostenerhöhung um 2,84 Mio. Euro auf 7,47 Mio. Euro erhöht.
2. Zur Sicherung des Projektablaufes wird eine überplanmäßige Auszahlung für das Haushaltsjahr 2022 in Höhe von 482.735,06 Euro beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 49:00:00

Der öffentliche Teil der Sitzung wird beendet und die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

14 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wird durch seinen **Vorsitzenden, Herrn Rumpf**, um 20:51 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 15.09.22

Frank Rumpf
Vorsitzender Stadtrat

Schriftführer